

Valentin Aichele (Hrsg.)

Das Recht auf Wiedergutmachung

Vom Umgang Deutschlands mit elementaren
Unrechtserfahrungen in der deutschen Geschichte



Nomos



**Deutsches Institut
für Menschenrechte**

Valentin Aichele (Hrsg.)

Das Recht auf Wiedergutmachung

Vom Umgang Deutschlands mit elementaren
Unrechtserfahrungen in der deutschen Geschichte



Nomos



**Deutsches Institut
für Menschenrechte**



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3815-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8113-1 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort des Vorstandes

Der vorliegende Sammelband befasst sich mit Beispielen des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit elementaren Unrechtserfahrungen in der deutschen Geschichte von 1900 bis heute. Gedanklicher Referenzpunkt der Untersuchung ist dabei das Menschenrecht auf Wiedergutmachung, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit dem Recht auf Abhilfe einer Rechtsverletzung einen Grundstein findet.

Elementare Unrechtserfahrungen sind die wichtigste Triebfeder des Menschenrechtsschutzes. So erklärt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ihre eigene Notwendigkeit mit den im Zweiten Weltkrieg staatlich begangenen Gräueltaten. Mit den „Akten der Barbarei“, auf die sie verweist, sind insbesondere die nationalsozialistischen Verbrechen der Shoah und des Vernichtungskrieges in Osteuropa und der UdSSR in Bezug genommen. Die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung erfolgte im Bewusstsein einer Vergangenheit, die als Negativfolie fungiert und deren Wiederholung für alle Menschen und für alle Zeiten vermieden werden soll. Damit legitimierte die Erklärung im Jahre 1948 die auf Gegenwart und Zukunft gerichtete Forderung, dass jeder Mensch in Würde und Rechten gleich sei, und sie unterlegte dieses Bestreben mit dem Bekenntnis zu individuellen Rechten, die jedem Menschen kraft seines Menschseins zustehen. Der damit in Gang gesetzte globale Lernprozess hat zur rechtlichen Anerkennung von Menschenrechten in zahlreichen internationalen Verträgen geführt und dauert noch heute an. Unrechtserfahrungen stabilisieren – gleichsam dialektisch – den globalen Konsens über die Menschenrechte und treiben die Fortentwicklung des Menschenrechtsschutzes voran.

Auch deshalb ist es geboten, menschenrechtliches Unrecht im Bewusstsein zu halten und über die Erfahrungen von Verletzten aufzuklären, um zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Wertschätzung eines Rechtsstaates beizutragen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen sichert. Damit entspricht das Thema des vorliegenden Sammelbandes dem gesetzlichen Auftrag des Deutschen Instituts für Menschenrechte, die Prävention von Menschenrechtsverletzungen durch den Blick zurück in die deutsche Geschichte zu befördern. Mit der Frage nach Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts wird zugleich die rechtliche Dimension der Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen eröffnet. Elementare Unrechtserfahrungen beruhen auf dem Handeln oder Unter-

lassen von Menschen, die entweder im Kontext staatlicher Machtausübung agieren oder als Privatpersonen. Hier können sich schwierige Fragen der intertemporalen Geltung von Menschenrechten, einschließlich der menschenrechtlichen Schutzpflichten des Staates hinsichtlich des Handelns privater Akteure, stellen.

Die hier versammelten Beiträge führen das jeweilige Geschehen, das sich als Unrechtserfahrung darstellt, zunächst näher aus, vermitteln, wer die in ihren Rechten Verletzten sind, und untersuchen, ob und inwiefern das historisch Geschehene als menschenrechtliches Unrecht einzuordnen ist. Aus der Perspektive der Verletzten wird dabei beleuchtet, wie der Kampf um gesellschaftliche und staatliche Anerkennung ihrer Unrechtserfahrungen in Deutschland verlaufen ist, was im Aufarbeitungsprozess jeweils erreicht wurde, und mit welchen Rollen, Erwartungen und Bewertungen die verletzten Menschen sich auseinanderzusetzen haben und auf welche Widerstände von Seiten staatlicher oder gesellschaftlicher Akteure sie stoßen.

Obwohl die hier versammelten 13 Beiträge ein vergleichsweise breites Spektrum an Unrechtserfahrungen aus der jüngeren deutschen Geschichte abdecken, können sie das Themenfeld nicht annähernd vollständig behandeln. Naturgemäß begrenzen der Rahmen eines Sammelbandes und die Verfügbarkeit von Autor*innen das Streben nach umfassender Behandlung eines Themas. Die Themenauswahl sagt deshalb – darauf sei explizit hingewiesen – nichts über graduelle Unterschiede im Unrechtsgehalt und Rangverhältnisse aus. Neben dem Zivilisationsbruch der Shoah in ihrer unbestreitbaren Singularität stehen andere gravierende Unrechtserfahrungen, und ihnen allen korrespondieren staatliche Verpflichtungen zur Wiedergutmachung. Wir sind überzeugt, dass die Beiträge auch exemplarisch für viele andere Unrechtserfahrungen stehen, und wir hoffen, dass der Band Anstoß für die Befassung mit der Wiedergutmachung weiterer Fälle menschenrechtlichen Unrechts in der deutschen Vergangenheit gibt.

Den Autor*innen, ausgewiesene Expert*innen in ihren Feldern, danken wir sehr für ihre Beiträge, die den vorliegenden Band erst möglich gemacht haben. Ganz besonders danken wir ihnen auch dafür, dass sie aktiv am Entstehungsprozess des Bandes mitgewirkt haben, insbesondere durch Teilnahme an drei fächerübergreifenden Konferenzen, auf denen eine Verständigung über gemeinsame Leitfragen gesucht wurde, und dass sie diese komplexen Zusammenhänge in ihren Beiträgen konzentriert dargestellt haben.

Großer Dank gebührt Bettina Hildebrand, Leiterin der Abteilung Kommunikation des Instituts, für ihre souveräne Organisation aller Projektablaufe sowie Cathrin Kamení für die sprachliche Prüfung der Texte und

Tabea Nasaroff für die Vereinheitlichung der Literatur-, Quellen- und Fußnotenangaben – ohne sie alle wäre das Projekt nicht so erfolgreich zum Abschluss gekommen.

Sehr herzlich danken wir dem Initiator des Projektes, Professor Dr. Valentin Aichele, der dieses Projekt auch nach seinem Wechsel an die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Fachbereich Sozialversicherung) mit nicht nachlassendem Einsatz zu Ende geführt hat.

Berlin, Dezember 2022

Professorin Dr. Beate Rudolf

Michael Windfuhr

Direktorin des Deutschen
Instituts für Menschenrechte

stellvertretender Direktor des Deutschen
Instituts für Menschenrechte

Inhalt

Abkürzungen	13
Zu den Autorinnen und Autoren	17
Teil 1: Einführung	23
Einleitung	25
<i>Valentin Aichele</i>	
Die einzelnen Beiträge	51
<i>Valentin Aichele</i>	
Teil 2: Beiträge	65
A. <i>Sachverhalt vor 1933</i>	67
Zwischen kolonialer Amnesie und Aufarbeitung deutscher und europäischer Kolonialverbrechen: Der Völkermord an Herero, Nama und anderen Namibier*innen in Deutsch-Südwestafrika 1904 bis 1908	69
<i>Wolfgang Kaleck</i>	
B. <i>Sachverhalte zwischen 1933 und 1945</i>	85
Entschädigung jüdischer Opfer des Nationalsozialismus	87
<i>Wolfgang Benz</i>	
Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschädigte und ihr langer Weg zur gesellschaftlichen und unvollständigen politischen Rehabilitation	107
<i>Margret Hamm</i>	

Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit	125
<i>Uta Gerlant</i>	
C. Sachverhalte zwischen 1945 und 1949	141
Politische Verfolgung in der SBZ in den Jahren 1945 bis 1949 und die Entschädigung politischer Haft insbesondere auf Basis des Häftlingshilfegesetzes (HHG)	143
<i>Johannes Weberling / Natalie Kowalczyk</i>	
D. Sachverhalte zwischen 1949 und 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik	161
Strafrechtliche Rehabilitierung, Anerkennung und Entschädigung der Opfer der politischen Strafjustiz in der DDR	163
<i>Birgit Neumann-Becker</i>	
Kindheit im Heim – Funktionieren um jeden Preis	179
<i>Angelika Censebrunn-Benz</i>	
Entschädigung für Doping-Opfer (DDR) – eine Wiedergutmachung?	197
<i>Giselher Spitzer</i>	
E. Sachverhalte zwischen 1949 und 1990 in der Bundesrepublik Deutschland	213
Die Missachtung der Menschenwürde von Kindern und Jugendlichen und die Verletzung ihrer Grund- und Menschenrechte in der bundesrepublikanischen Heimerziehung der 1940er bis 1970er Jahre	215
<i>Manfred Kappeler</i>	
Heimkinder (West): Arzneimittelprüfungen 1949–1975	235
<i>Sylvia Wagner</i>	

F.	<i>Sachverhalte zwischen 1949 und 1990 in der BRD und der DDR</i>	253
	Eine einmalige Angelegenheit? Rehabilitation und Entschädigung der Betroffenen strafrechtlicher Verfolgung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen nach 1945 in Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik	255
	<i>Georg Härpfer / Marcus Velke-Schmidt</i>	
G.	<i>Sachverhalte nach 1990</i>	271
	Entschädigung von Kriegsopfern	273
	<i>Ulrich Karpenstein</i>	
	Sexuelle Gewalt in Kindheit und Jugend. Gesellschaftliche Aufarbeitung, generationale Ordnung und „Wiedergutmachung“	289
	<i>Sabine Andresen</i>	
	Literatur	309
	Quellen	337

Abkürzungen

a. A.	andere Ansicht
AB	Abschlussbericht
Abs.	Absatz
ADS	Antidiskriminierungsstelle des Bundes
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AFET	Bundesverband der Erziehungshilfe für freie und öffentliche Träger
AfrGMR	Afrikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
AKG	Allgemeines Kriegsfolgen gesetz
AKG-HR	Allgemeines Kriegsfolgen gesetz-Härterichtlinien
ALVR	Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland
apl.	außerplanmäßig
Art.	Artikel
ASR	Draft Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts
ATCA	Alian Tort Claims Act
Aufl.	Auflage
BAnz	Bundesanzeiger
BAnz AT	Bundesanzeiger Amtlicher Teil
BArch	Bundesarchiv
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BEGSchlG	Bundesentschädigungs-Schlussgesetz
BerRehaG	Berufliches Rehabilitierungsgesetz
BEZ	Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten
Bfj	Bundesamt für Justiz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BISS	Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren
BMF	Bundesfinanzministerium
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSG	Bundessozialgericht
BVA	Bundesverwaltungsamt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Bundesverfassungsgericht (Kammerentscheidung)
BVG	Bundesvertriebenengesetz
bzw.	beziehungsweise
CAT	UN Convention Against Torture (=UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe)
CDU	Christlich Demokratische Union
CEDAW	UN Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung gegen die Frau)
CPA	Crown Proceedings Act

CRC	UN Convention on the Rights of the Child (UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes)
CSG	Centrum Schwule Geschichte
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
DOH	Verein Doping-Opfer-Hilfe
DOHG	Doping-Opfer-Hilfe-Gesetz
DOHG 2	2. Doping-Opfer-Hilfe-Gesetz
DP	Deutsche Partei
Dr.	Doktor
Drs.	Drucksache
DSB	Deutscher Sportbund
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
DVBK	Vereinigung zur Bekämpfung der Kinderlähmung
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EALG	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz
ebd.	ebenda
ECCHR	European Center for Constitutional and Human Rights
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
e.V.	eingetragener Verein
EinV	Einigungsvertrag
et al.	et alii
EVZ	Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft
FAK § 175	Facharbeitskreis § 175 StGB
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende
FKS	Forschungsinstitut für Körperkultur und Sport
Fn.	Fußnote
FTCA	Federal Tort Claims Act
GG	Grundgesetz
GULag	Hauptverwaltung der (sowjetischen) Umerziehungs- und Arbeitslager
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
HHG	Häftlingshilfegesetz
Hg.	Herausgeberin/Herausgeber
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
i.V.m	in Verbindung mit
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
ICERD	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (=UN-Übereinkommen zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung)
ICPED	International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance (=UN-Übereinkommen gegen das Verschwindenlassen)
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights (=UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte; UN-Zivilpakt)
ICESCR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)
IGFM	Internationale Gesellschaft für Frieden und Menschenrechte
IGH	Internationaler Gerichtshof
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IOM	International Organization for Migration
IPP	Institut für Praxisforschung und Projektberatung

lit.	littera
Lkw	Lastkraftwagen
JCC	Conference on Jewish Material Claims
JFMK	Jugend- und Familienministerkonferenz
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
KZ	Konzentrationslager
LAV NRW OWL	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe
LG	Landgericht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LSB	Landessportbund
LSK	Leistungssportkommission
LVR	Landschaftsverband Rheinland
m.	mit
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MGB	Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR und die aus dem NKGB gebildete sowjetische Staatssicherheitsbehörde
MV	Mecklenburg-Vorpommern
MWD	(Sowjetisches) Ministerium für innere Angelegenheiten
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NKWD	(Sowjetisches) Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NLA HA	Niedersächsisches Landesarchiv
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.Ä.	oder Ähnliches
o.D.	ohne Datum
o.V.	ohne Verlag
OAF	Operation Allied Force
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
OLG	Oberlandesgericht
PA	Petitionsausschuss
Prof.	Professorin/Professor
Rn.	Randnummer/n
RGBL	Reichsgesetzblatt
RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
RSFSR	Strafgesetzbuch der Russischen Sowjet-Republik
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RTH	Runder Tisch Heimerziehung
S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SED-UnBerG	SED-Unrechtsbereinigungsgesetze
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SKS	Staatssekretariat für Körperkultur und Sport
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMD	Sportmedizinischer Dienst
SMT	Sowjetische Militärtribunale

Abkürzungen

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit, auch Staatssicherheitsdienst
StGB	Strafgesetzbuch
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StrRehaHomG	Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8.5.1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
StVE	Strafvollzugseinrichtung
SZ	Süddeutsche Zeitung
T4	Tarnbezeichnung der Dienststellen, unter deren Leitung der systematische Massenmord an Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen von 1940 bis 1941 stattfand
TSG	Transsexuellengesetz
u.a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ukaz	(Sowjetische) Anordnung, Erlass
UM	Unterstützende Mittel
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
US-Zone	Amerikanische Besatzungszone
VdN	Verfolgter des Naziregimes
VeH	Verein ehemaliger Heimkinder
vgl.	vergleiche
VOBl.	Verordnungsblatt
VwRehaG	Verwaltungsrechtliches Rehabilitationsgesetz
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
z. B.	zum Beispiel
ZB	Zwischenbericht
ZDK	Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Konfiskation
ZERV	Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZP I	Erstes Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949